

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5448

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5448



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Begrüssung von Doris Schmidhalter, Präsidentin Unia Wallis

Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Gäste

Wir sind in Brig, im Briger Rhonesandquartier. Der Mutter der gewerkschaftlichen und politischen Linken im Wallis.

Warum: 1906 wurde der längste Tunnel der Welt eröffnet, zwischen Brig und Iselle; gebaut vorab von italienischen Tunnelarbeitern. Als sie – zurecht – streikten, wurde die reaktionäre Briger Bürgerwehr gegen sie aufgeboten – Klassenkampf.

Zum 100-jährigen Jubiläum Bau des Simplontunnels haben die Verantwortlichen ein Hochglanz-Buch herausgegeben. Darin findet sich kein Wort über die damaligen Arbeitsbedingungen und die Streiks. Darum hat die Unia entschieden ein eigenes Büchlein herauszugeben. Titel: «Bau Simplontunnel. Die Streiks». Es gibt dieses Werk leider nur in deutscher Sprache. Auf der Ablage hinten im Saal liegt dieses Büchlein auf. Wer sich interessiert, kann sich gerne ein Exemplar holen.

Der junge Karl Dellberg arbeitete als Boccia im Simplontunnel. Für 2 Franken am Tag. Er wurde hier politisiert. Das Rhonesand wurde zum Bähnlerquartier. In den damals gegründeten Genossenschaften kann man heute noch für unter 1000 Franken eine Vierzimmerwohnung mieten.

Ich stamme aus einer Arbeiter- und Bauernfamilie. Mein Vater war Kondukteur, Skilehrer, Maler und Gipser, Lastwagenchauffeur und Nebenerwerbsbauer. Ich weiss, was es heisst, wenn eine Familie Ende Monat nicht sicher ist, ob sie alle Rechnungen bezahlen kann.

Während des Zweiten Weltkrieges kämpfen die Partisanen des nahen Ossolatales gegen den Faschismus. In Brig gab es Unterstützer der Partisanen und Anhänger von Adolf Hitler.

Auf dem Perron 1 des Briger Bahnhofes fanden die berüchtigten grenzsanitarischen Untersuchungen der italienischen Arbeiter statt. Hier feierten am Abend der Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative die Italiener beim Kiosk von Mama Infantino (der Mama von Gianni), dass vielen von ihnen nicht die Ausweisung drohte.

Die SP und die Gewerkschaften haben richtigerweise Nein gesagt zur Schwarzenbach-Initiative. Aber sie haben für ihr Nein von den bürgerlichen Parteien fälschlicherweise keine kompensatorischen Massnahmen verlangt.

Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

In diesem Jahr fand die Gedenkfeier 60 Jahre seit der Mattmark-Tragödie statt. Mit ein Grund, warum der diesjährige Kongress der Unia im Wallis stattfindet. Das Urteil war und ist ein Skandal. Die Verantwortlichen der Elektrowatt und der Suva wurden nicht zur Verantwortung gezogen.

Die Suva hat nicht nur in Sachen Mattmark versagt. Mein Grossvater selig verstarb 1954, vier Jahre vor meiner Geburt an Silikose. Er wurde 49 Jahre alt und hinterliess seine Frau und neun Kinder. Silikose ist die tödliche Steinlunge, die sich die Tunnelarbeiter holten. Die Suva wollte die Silikose lange nicht als Berufskrankheit anerkennen. Die Gewerkschaften sind im Verwaltungsrat der Suva vertreten. Sie müssten national und international die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels verlangen.

Seither wurde viel getan zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Bau. Aber die Unglücksfälle jedes Jahr auf Schweizer Baustellen zeigen eindrücklich, dass wir uns weiterhin anstrengen müssen. Gerade im Hinblick auf die Erneuerung des LMV im Bau. Mit dem Ziel, dass **alle** Arbeiterinnen und Arbeiter bis zum Monatsende Geld zum Leben haben und für gesunde und sichere Arbeitsbedingungen.

Ich war während 20 Jahren Mitglied des Walliser Grossen Rates. Und musste feststellen, wie die soziale Frage für SP und Grüne leider immer mehr in den Hintergrund rückte. Umso wichtiger war, ist und bleibt eine kämpferische Unia!

Ich bin jetzt 67 Jahre alt und habe mich politisch und gewerkschaftlich nie verbogen. Darauf bin ich irgendwie stolz. Genauso wie auf jene rund 60 familieneigenen Walliser Schwarznasenschafe, die ich sehr oft mitbetreue.

Jeden Tag strömen 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter von Domodossola in das Oberwallis. Wir müssen die Abschaffung des freien Personenverkehrs bekämpfen, genauso wie die 10-Millionen-Initiative und die Trump-Zölle von 39 Prozent. Im Kampf gegen Trump haben wir noch Luft nach oben.

Die Arbeit geht uns nicht aus.

Ich wünsche uns in den nächsten Tagen angeregte Diskussionen, viele tolle Begegnungen, erfolgreiches Schaffen, einen angenehmen Aufenthalt im Wallis und heisse euch alle herzlich willkommen in Brig!

Resolution

Für eine Industriepolitik mit sozialen und ökologischen Kriterien

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz ist angespannt, ähnlich wie in anderen führenden kapitalistischen Volkswirtschaften. Sie spiegelt eine grundsätzliche Krise ihres Prinzips: Profite für die 1% auf Kosten der 99%. Die weltweiten Handelskriege, besonders durch die US-Regierung verschärft, sind Ausdruck dieser Krise und verschärfen sie weiter. In ihnen haben die Arbeiter:innen weltweit nur zu verlieren: sie erhöhen den Druck auf die Arbeitsbedingungen. Die Unia setzt sich deshalb für fairen Handel sowie friedliche und gerechte Zusammenarbeit zwischen Ländern und Völkern ein. Gleichzeitig fordert sie eine aktive Industriepolitik, die soziale und ökologische Herausforderungen angeht.

Arbeit ist ein Recht

Dank dem starken Einsatz der Unia wurde das Recht auf Kurzarbeit mit breiter parlamentarischer Unterstützung von 18 auf 24 Monate verlängert. Das bestätigt: Vorübergehende Schwierigkeiten müssen ohne Entlassungen und Zerstörung von Know-how bewältigt werden.

Die Unia fordert nun vollen Lohnausgleich für alle von Kurzarbeit Betroffenen. Zudem müssen die Unternehmen während des Bezugs von Kurzarbeitsentschädigung auf Kündigungen verzichten. Wer öffentliche Gelder bezieht, um Arbeitsplätze zu erhalten, darf keine Leute entlassen.

Sozial-ökologischer Umbau als Perspektive

Die Klimakrise betrifft die gesamte Gesellschaft. Das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) verpflichtet die Bundesverwaltung bis 2040 und die Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie bis 2050 das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Dafür muss sofort entschlossen in diese Richtung gesteuert werden.

Gewissen Kreise fordern die forcierte Produktion von Rüstungsgütern. Dies wäre ein kompletter Irrweg. Die Unia setzt sich dagegen für eine konsequente Ausrichtung der Produktion auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein. Dazu gehört auch, dass entlang gesellschaftlich nützlichen Leitindustrien lokale Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Statt Mittel zur Förderung der Industrie und des ökologischen Umbaus zu streichen, wie es der Bundesrat im Rahmen seines «Entlastungsprogramms 2027» beschlossen hat, braucht es öffentliche Innovations- und Investitionsprogramme im zivilen Bereich, um die notwendige Transformation aktiv zu fördern.

Öffentliches Beschaffungswesen stärken

Es bestehen bereits jetzt Steuerungsinstrumente für solche Zielsetzungen. Nicht zuletzt das öffentliche Beschaffungswesen, das jährlich rund 40 Mrd. Franken umfasst. Das 2021 revidierte Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) sieht vor, dass soziale, ökologische und strategische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden. Konkret müssen Faktoren wie GAV-Abdeckung bei den Produzenten und Zulieferern, Auswirkungen auf den Werk- und Ausbildungsplatz Schweiz, wie auch CO2-Aussstoss, Materialrecycling und Integration in lokale Produktionsketten, einfließen.

Die Unia verlangt eine konsequente Anwendung dieser Kriterien, auch in den Kantonen und Gemeinden. Diese müssen, wo nötig, ihre gesetzlichen Bestimmungen anpassen.

Vorhandene Förderinstrument nutzen und neue entwickeln

Es bestehen bereits heute auf kantonaler und kommunaler Ebene Formate für Innovations- und Investitionsprogramme, wie etwa dem Waadtländer Fonds pour l'industrie vaudois, den



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Aides financières pour projets novateurs in Neuenburg, oder der Stiftung Fondetec in der Stadt Genf.

Die Unia fordert, dass solche Programme in weiteren Kantonen und Gemeinden eingerichtet werden und an strenge soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden und die Mitbestimmung stärken. Die eingesetzten Mittel sollen die Menschen und den Planeten schützen, nicht die Profite.

Umverteilung statt öffentliche Profitsubventionen

Solche Programme dürfen nicht durch asoziale Kopfsteuern oder Sparmassnahmen, sondern durch Umverteilung zulasten der Grosskonzerne finanziert werden.

In vielen Kantonen steht die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne noch aus. Die Unia engagiert sich dafür, dass die daraus resultierenden Einnahmen auf kantonaler oder nationaler Ebene gezielt für soziale und ökologische Investitionen genutzt werden.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Nein zum Angriff auf den Gesundheitsschutz im Arbeitsgesetz: Nein zu 17-Stunden- Arbeitstagen!

Aktuell laufen mehrere, massive Angriffe auf den Schutz und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz. Dabei ist das Arbeitsgesetz das zentrale Gesetz, welches die Arbeitszeiten und den Schutz der Gesundheit regelt.

Die geplanten Verschlechterungen stellen eine grosse Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten dar. Denn lange Arbeitszeiten und verkürzte Ruhephasen sind ein direkter Risikofaktor für Burnout, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Depressionen.

Gefährliche Aushöhlung des Arbeitsgesetzes

Der Nationalrat hat in der Herbstsession eine Revision des Arbeitsgesetzes beschlossen, die potenziell Millionen Arbeitnehmende betrifft und deren Arbeits- und Familienalltag massiv verschlechtern würde. Wer z.B. am Morgen oder Abend Gleitzeiten hat oder teilweise flexible Arbeitszeitmodelle oder Arbeitsorte hat, kann betroffen sein. Unter dem Vorwand der «Flexibilisierung» drohen längere Arbeitszeiten, kürzere Ruhezeiten und Sonntagsarbeit ohne Zuschläge in allen Branchen.

Konkret sieht die Vorlage vor, dass Arbeitnehmende künftig an bis zu neun Sonntagen pro Jahr fünf Stunden ohne Bewilligungspflicht arbeiten müssen – und zwar auf Anordnung des Arbeitgebers, ohne Lohnzuschlag. Zudem soll die Tages- und Abendarbeit auf bis zu 17 Stunden ausgedehnt und die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit auf lediglich neun Stunden verkürzt werden können. Damit müssten Arbeitnehmende von 6 Uhr bis 23 Uhr verfügbar sein. Selbst die Mindestruhe soll unterbrochen werden dürfen, wenn «dringende Tätigkeiten» anfallen. Alles, was es braucht, um von dieser massiven Deregulierung betroffen zu sein, sind ein bisschen Gleitzeit und einen minimalen Teil der Arbeit ausserhalb des Betriebs leisten zu können (sogenannte «Telearbeit»). Die Arbeitgeber werden praktisch dazu aufgefordert, dies einzuführen, da ihnen dadurch die Arbeitnehmenden zwischen 6 und 23 Uhr zur Verfügung stehen und sie sie auch noch am Sonntag arbeiten lassen können – ohne Zuschläge. Problematisch ist auch das vorgeschlagene Modell für Telearbeit: Beschäftigte riskieren, dauerhaft von ihren Arbeitsplätzen verdrängt zu werden, ohne Anspruch auf Rückkehr. Millionen Beschäftigte könnten so in die Falle von Arbeitsmodellen geraten, in denen die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit völlig verschwimmt.

Die Vorlage strotzt vor schwammigen Begriffen, schafft unklare Abgrenzungen und macht eine wirksame Kontrolle praktisch unmöglich. Arbeitsinspektorate müssten neu auch Einsätze in Privathaushalten überwachen. Unter dem Deckmantel der «Flexibilisierung» wird in Wahrheit der Schutz der Beschäftigten geschwächt. Statt mehr Freizeit, Gesundheitsschutz und Familienfreundlichkeit drohen längere Arbeitstage, weniger Ruhe, mehr Druck, ständige Verfügbarkeit und eine weitere Aufweichung des arbeitsfreien Sonntags.

Klare gewerkschaftliche Forderungen an das Parlament

Der Ständerat wird voraussichtlich in der Wintersession 2025 darüber entscheiden. Diese Revision muss gestoppt werden. Wir verlangen daher:

- Klare Begrenzung der täglichen Arbeitszeit – keine Verlängerung auf 17 Stunden.
- Garantierte Ruhezeit von mindestens elf Stunden ohne Ausnahmen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

- Keine Aufweichung des Sonntagsarbeitsverbots (inklusive Zuschläge).
- Kein Konstrukt, das Beschäftigte dauerhaft ins Homeoffice zwingt.
- Stärkung statt Schwächung des Gesundheitsschutzes und der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit.

Die aktuelle Revision des Arbeitsgesetzes ist ein Frontalangriff auf elementare Errungenschaften des Arbeitnehmer:innenschutzes. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen diesen massiven Angriff auf den Gesundheitsschutz und die Rechte der Arbeitnehmenden wehren, wenn nötig auch mit einem Referendum.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Die Bauarbeiter kämpfen für familienfreundliche Arbeitszeiten, für ihre Rechte und ihre Würde!

Der Landesmantelvertrag (LMV) für rund 80'000 Bauarbeiter wird neu verhandelt. Die Branche steckt in einer tiefen Personalkrise und die Bauarbeiter brauchen dringend familienfreundlichere Arbeitszeiten. Seit Juli wird verhandelt, doch auch nach vier Verhandlungsrunden blockierte der Baumeisterverband sämtliche Lösungsvorschläge und forderte stattdessen längere Arbeitstage für weniger Lohn.

Die Baubranche leidet unter einem ausgeprägten Fachkräftemangel: Heute verlässt jeder zweite ausgebildete Maurer die Branche. Das hat eindeutige Gründe: überlange Arbeitstage, konstante Überstunden und ausufernde Anfahrtszeiten zur Baustelle, die zum Teil nicht einmal entschädigt werden. Die Bauarbeiter zahlen mit ihrem Familienleben und ihrer Gesundheit den Preis dafür. Oft gehen sie am Morgen aus dem Haus, wenn ihre Kinder noch schlafen und kommen am Abend todmüde nach Hause, wenn die Kinder schon wieder ins Bett gehen.

Klare Forderungen der Bauarbeiter: fair, realistisch, notwendig

Über 10'000 Bauarbeiter haben sich im Vorfeld der Verhandlungen an einer Umfrage zur Arbeitszeit beteiligt. Ihre wichtigsten Anliegen:

- Kürzere Arbeitstage: Acht Stunden harte Arbeit sind genug.
- Eine bezahlte Znuni-Pause: In anderen Berufen ist das längst Standard.
- Schluss mit unbezahlter Reisezeit zur Baustelle: Reisezeit im Auftrag der Firma gehört zur Arbeitszeit und muss bezahlt werden. Heute gilt die Reisezeit vom Betrieb zur Baustelle entgegen dem Gesetz nicht zur Arbeitszeit und wird erst nach 30 Minuten überhaupt entschädigt.
- Lohnerhöhung und gesicherter Teuerungsausgleich für die Zukunft: Die Bauarbeiter verdienen eine Sicherung ihrer Kaufkraft.

Baumeisterspitze verhindert nötige Massnahmen, um Personalkrise zu lösen

Die Baufirmen spüren die Personalkrise in der Branche direkt. Es wird immer schwieriger, Personal zu rekrutieren und zu halten. Umso erstaunlicher ist es, dass die Spitzes des Baumeisterverbands das Gegenteil fordert: Geht es nach dem Baumeisterverband, sollen die Bauarbeiter noch mehr leisten und dies für weniger Lohn. Konkret: längere Arbeitstage, mehr als doppelt so viele Überstunden, Arbeit auf Abruf, eine 6-Tagewoche mit dem Samstag als normaler Arbeitstag und ohne Zuschlag, kürzere Kündigungsfristen für ältere Bauarbeiter und sogar eine Kündigungsmöglichkeit während Krankheit und Unfall.

Der Baumeisterverband will einen solchen neuen Vertrag diktieren, aber er macht seine Rechnung ohne Bauarbeiter. Sie leisten entschieden Widerstand und setzen sich für besser Arbeitsbedingungen ein.

Bauleute kämpfen für ihre Rechte und ihre Würde

Die Lage in der Baubranche ist alarmierend. Es braucht dringend Verbesserungen, um ein normales Familien- und Privatleben zu gewährleisten. Das haben die Menschen, die tagtäglich unsere Häuser, Straßen und Infrastruktur bauen, auch verdient.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Weil der Baumeisterverband weiterhin faire und familienfreundliche Arbeitszeiten verweigert und gleichzeitig auf radikale Verschlechterungen beharrt, werden die Bauarbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Bauarbeiter haben sich mit grosser Mehrheit dafür ausgesprochen, wenn nötig auch für ihre Rechte und Würde zu streiken.

Von Mitte Oktober bis Mitte November finden in der ganzen Schweiz erste Protesttage und Warnstreiks statt. Falls der Baumeisterverband nicht Hand bietet für eine Lösung, steuert die Baubranche auf einen harten Arbeitskampf und es kommt 2026 zu einem grossen Branchenstreik der Bauarbeiter.

Die Kongressdelegierten der Gewerkschaft Unia unterstützen die Bauarbeiter bei ihrem Einsatz für faire Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Arbeitszeiten und bei ihrem Kampf für die Rechte und Würde der Bauarbeiter.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Widerstand gegen sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt, in der Gesellschaft sowie am Arbeitsplatz!

Es ist ein Skandal: Tagtäglich kommt es zu Gewalt an Frauen – weil sie Frauen sind. Ganz am Anfang dieser Gewalt stehen kaum wahrgenommene Dinge wie Macho-Sprüche oder beleidigende Bemerkungen über Frauen. Danach folgen anzügliche Blicke und unerwünschte körperliche Kontakte, aber auch sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen. Keine Frau ist nirgends sicher: häusliche Gewalt und Gewalt in einer Partnerschaft wird von den Menschen verübt, die ihnen am nächsten stehen. Femizide sind der Höhepunkt und der sichtbarste Teil dieser Gewalt. 2025 wurden in der Schweiz bis im Oktober mindestens 26 Frauen von Männern getötet, und andere entgingen einem versuchten Femizid. Die auf den ersten Blick «harmloseren» Vergehen des Sexismus sind ein Nährboden für weitere Gewalttaten. Der Kampf gegen alle Ebenen der Gewalt ist eine Frage von Leben und Tod.

Die sexualisierte Gewalt hat vor einigen Jahren die riesige internationale feministische Widerstandsbewegung ausgelöst, die unsere Gesellschaft erschütterte. Sie hat mit den feministischen Streiks in Lateinamerika mit #NiUnaMenos begonnen, dann gefolgt von der #MeToo-Bewegung, die den Geschichten der Überlebenden etwas mehr Gehör verschafft hat. Der Widerstand hat auch die Schweiz erreicht, insbesondere mit zwei riesigen feministischen Streiks im Jahr 2019 und 2023. Die Gewalt ist aber immer da, in der Öffentlichkeit und in den Medien wird diese noch immer banalisiert. Abgesehen von einer Aktualisierung des Sexualstrafrechts, die den feministischen Forderungen nicht gerecht wurde, hat sich in der Praxis kaum etwas getan. Es ist an der Zeit, Arbeitgeber:innen und Politiker:innen zu zwingen, ihre Verantwortung zu tragen.

Gewalt ist ein Gewerkschaftsthema

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz durch Kolleg:innen, Chef:innen, Kund:innen oder Patient:innen hat offensichtlich nicht abgenommen. Jede:r zweite Erwerbstätige und zwei von drei Frauen erleben belästigendes Verhalten am Arbeitsplatz. Trotz der grossen feministischen Bewegungen wurden sehr wenige Massnahmen ergriffen, um die Frauen zu schützen. Vielerorts herrscht noch immer eine Kultur des Schweigens. Ob während der Lehre, in der Pflege, im Gastgewerbe, in der Uhrenindustrie oder auf dem Bau: Auch am Arbeitsplatz sind Belästigung und Gewalt ein brennendes Problem. Das Risiko von Belästigung ist zudem höher für Personen in Abhängigkeitsverhältnissen wie einem unsicheren Aufenthaltsstatus bzw. Arbeitsbewilligung oder einem niedrigen Lohn. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir als Gewerkschaft das Thema aufgreifen. Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen sind in den letzten Jahren aktiv geworden, um sich zur Wehr zu setzen – doch um die Gewaltpyramide effektiv ins Wanken zu bringen, braucht es mehr.

Wir wollen als Gesamtorganisation entschlossen zum Widerstand gegen sexualisierte Gewalt und Belästigung aufrufen. Als Gewerkschaft fokussieren wir dabei auf die Situation an den Arbeitsplätzen. Auch hier muss die Scham die Seite wechseln! Ab 2026 verstärken wir unser Engagement mit einer nationalen Kampagne.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Die KI entscheidet, der Chef wäscht seine Hände in Unschuld? Auf keinen Fall!

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt tiefgreifend. Die Unia fordert seit langer Zeit eine soziale Digitalisierung. In den vergangenen Jahren hat zudem die Künstliche Intelligenz (KI) in unseren Berufsalltag Einzug gehalten. Es ist daher umso dringender, wirksame Regulierungen einzuführen. Die Betriebe dürfen nicht die Maschinen vorschieben, wenn die Arbeitnehmenden durch die umfassende Erhebung und Analyse ihrer Daten Benachteiligungen erleiden.

Immer mehr Betriebe erheben ungeniert Daten und werten sie aus, um mithilfe von algorithmusbasierten Systemen Prognosen, Empfehlungen oder sogar Entscheidungen bereitzustellen. Diese Systeme sind jedoch schwer verständlich und intransparent. Im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats über künstliche Intelligenz gibt der Bundesrat der Wirtschaftsfreiheit weiterhin Vorrang.

Der gewollt minimalistische «Schweizerische Regulierungsansatz» beschränkt sich auf punktuelle gesetzgeberische Anpassungen in gewissen Sektoren und auf unverbindliche Massnahmen. Angesichts dieser Haltung ruft die Unia zur Einführung strenger und umfassender Regulierungen auf.

Datenflut – die Grundrechte unter Druck!

Die Betriebe erheben und bearbeiten massenhaft Daten, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Sensible Daten im Zusammenhang mit der Arbeitsleistung, dem Standort oder der Gesundheit werden jedoch oft ohne Einwilligung erhoben und können missbraucht werden. Dies führt zu einer ständigen Überwachung und gefährdet das Privatleben der Arbeitnehmenden. Cyberangriffe gegen schlecht geschützte Betriebe tun ihr Übriges. So setzen die Betriebe ihre Arbeitnehmenden einer Gefahr aus.

Anforderungen für eine ethische und transparente Datenbearbeitung:

- Keine Daten ohne Einwilligung: Jede Form von Erhebung, Übermittlung und Verkauf persönlicher Daten mit Bezug zur Arbeit einer Person muss vertraglich festgelegt und von den betroffenen Personen genehmigt werden.
- Schutz der Integrität: Die Betriebe müssen klar angeben, zu welchen Zwecken die Daten erhoben werden, insbesondere wenn sie Auswirkungen auf die berufliche Laufbahn und das Privatleben haben. Die Daten der Arbeitnehmenden dürfen keinesfalls zu Profiling-Zwecken verwendet oder an Dritte weitergeben werden.

Diskriminierende Algorithmen: Die KI ersetzt menschliche Entscheidungen

Systeme der künstlichen Intelligenz werden nun in sensiblen Bereichen, wie der Rekrutierung oder der Bewertung der Produktivität, eingesetzt. Die Entscheidungen, die diese Systeme liefern und empfehlen, können jedoch häufig nicht einmal von den Vorgesetzten nachvollzogen werden. Diese Systeme sind eine Blackbox: Sie reproduzieren automatisch die bestehenden sozialen Verzerrungen und benachteiligen systematisch die verletzlichen Gruppen. Die Arbeitnehmenden von Gewerkschaften sind dieser versteckten Diskriminierung besonders ausgesetzt. Diese Situation ist inakzeptabel.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Transparenz statt blindes Vertrauen!

- Transparenz und Mitsprache: Der Einsatz algorithmischer Systeme in Kernbereichen muss transparent sein. Die Arbeitgeber müssen immer in der Lage sein, die von Algorithmen getroffenen Entscheidungen zu erklären. Die Arbeitnehmenden müssen bei der Frage, wie die Algorithmen eingesetzt werden, mitreden können.
- Rekursmöglichkeit: Es müssen klare Verfahren für Rekurs, Untersuchung und Schadenersatz eingeführt werden.
- Die Betriebe müssen haftbar gemacht werden: Bei Gesetzesverstößen und Diskriminierung durch die von den Betrieben eingesetzten Systeme oder auf solchen Analysen basierenden Entscheidungen müssen angemessene Sanktionen vorgesehen werden.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Würde durch Demokratie!

In einem Unternehmen sind es die Arbeitnehmer:innen die den gesamten Wohlstand erwirtschaften. Kein Spital, keine Baustelle, kein Unternehmen, kein Geschäft und keine Schule können ohne unsere tägliche Arbeit funktionieren. Wir sind die Säule des Wohlstands dieses Landes.

Wir dürfen daher nicht als «Arbeitskräfte» behandelt werden, die zum Vorteil einer Minderheit ausgebeutet werden können. Wir sind die sogenannte «Ressource», die das Überleben und Funktionieren unserer Gesellschaft sicherstellt. Diese zentrale Position beinhaltet Rechte und die Berücksichtigung unserer Meinung, auch an unseren Arbeitsplätzen, wo wir Tag für Tag die Aufgaben erfüllen, die für das reibungslose Funktionieren unserer Unternehmen und damit auch der Gesellschaft unerlässlich sind.

Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, unsere Position zu bekräftigen und diejenigen daran zu erinnern, die versuchen, uns dieses Recht abzusprechen, welche Rolle wir spielen. Wir müssen für einen Rahmen sorgen, der diejenigen daran hindert, uns den grundlegenden Respekt vorzuhalten, den wir verdienen. Denn ihre Gewinne hängen von unserer Arbeit ab. Wir Arbeitnehmer:innen kennen unsere Unternehmen. Es ist wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, uns zu den Abläufen am Arbeitsplatz zu äußern. Wir müssen dafür kämpfen, das Recht der Arbeitnehmer:innen auf Mitsprache in den Unternehmen auszuweiten. Und wir müssen erreichen, dass die Arbeitnehmer:innen oder ihre Vertretung, sofern vorhanden, einen angemessenen Schutz geniessen. Wir haben etwas zu sagen: Wir wollen Räume, um dies sagen zu können, und wir wollen es ohne Repressalien sagen können!

Gleiche Probleme erfordern gleiche Lösungen! Wie unsere Vorfahren, die für die Demokratie in unserem Land gekämpft haben, müssen wir Demokratie in unseren Unternehmen fordern. Wir müssen bei deren Funktionsweise mitreden können, damit unsere Würde und unsere Rechte endlich respektiert werden. Und, wir wollen dies ohne Gefahr sagen können.

Im Rahmen der Diskussion über die Bilateralen III schlägt der Bundesrat vor, die gesetzlichen Vorschriften zu ändern, um Arbeitnehmer:innen zu schützen, welche die Interessen des Personals in Unternehmen vertreten. Und zwar unabhängig davon, ob sie Mitglieder von Personalausschüssen, Vertreter:innen in Pensionskassen, vom Personal für bestimmte Aufgaben gewählte Personen oder Mitglieder nationaler Gewerkschaftsausschüsse in allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen sind. Diese Änderungen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Für uns ist dies eine Mindestforderung, die wir unterstützen.

Aufgrund dieser Feststellungen stellt Unia Freiburg folgende Forderungen:

- Um ihr Mandat ohne Einschränkungen ausüben zu können, dürfen alle gewählten Mitglieder einer Personalkommission unter keinen Umständen ordentlich gekündigt werden.
- Um die tatsächliche Möglichkeit der Mitbestimmung in Unternehmen zu stärken, prüft die Unia verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten, zum Beispiel:
 - Die Aufhebung der Grenze von mindestens 50 Beschäftigten für die Gründung von Personalkommissionen auf Antrag der Beschäftigten. Weiter soll die Verpflichtung gelten, für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten Personalkommissionen ohne entsprechenden Antrag einzurichten;



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

- Die Ausweitung der Mitbestimmung in Unternehmen durch eine Personalvertretung oder durch direkte Mitbestimmung der Mitarbeitenden, welche derzeit zu begrenzt sind. Die Mitbestimmung sollte verbindlich werden und sich mindestens an den Inhalt der wichtigsten von der Unia unterzeichneten Gesamtarbeitsverträge anlehnen.
- Die Einführung eines Systems der direkten Demokratie in allen Unternehmen, die über eine Personalkommission verfügen, nach dem Vorbild der Landsgemeinde, wie wir sie in der Schweiz kennen. Diese «Landsgemeinde» sollte mindestens einmal pro Jahr zusammentreten und sich zu Organisation und Rahmenbedingungen der Arbeit im Unternehmen äussern.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Gegen antisoziale Prämienerhöhungen: Es braucht eine Reform der Krankenversicherung!

Anfang 2025 mussten die Arbeitnehmenden und Rentner:innen eine weitere Erhöhung der Krankenkassenprämien von 6 Prozent hinnehmen. Für 2026 ist ein durchschnittlicher Anstieg von 4,4 Prozent angekündigt. 30 Jahre Erfahrung zeigen, dass die mit dem KVG versprochenen Ziele der Kostendämpfung, Gesundheitsversorgung und Solidarität nicht erreicht wurden. Gemäss den Expert:innen können sich 25 Prozent der Versicherten nicht behandeln lassen, weil ihnen das Geld dafür fehlt. Die Ausstände bei den Krankenkassenprämien und bei medizinischen Kosten gehören daher in der Schweiz zu den Hauptgründen für eine Verschuldung. Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Reduktion der Prämien (Hausarzt- oder HMO-Modell usw.) schränken in Wahrheit die Freiheit der Versicherten ein. Dies mit der Begründung, dass die Versicherten für die stetige Zunahme der Kosten verantwortlich seien. Es sind jedoch nicht die Versicherten, die entscheiden, die medizinischen Massnahmen auszuweiten.

Die Finanzierung unserer Gesundheitsversorgung, die durch das unsozialste System, das es gibt, in Form von Kopfprämien unabhängig von Einkommen, Alter und Erwerbstätigkeit erfolgt, ist am Ende. Seit der Covid-Pandemie haben sich die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ständig verschlechtert, was die Abwanderung des Personals verstärkt hat. Mit der Reform der Finanzierung der Gesundheitsleistungen (EFAS), die 2024 vom Volk knapp angenommen wurde, dürfte sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschlimmern. Die ständigen Bemühungen der privaten Versicherer, den gewinnbringenden Bereich der Zusatzversicherungen auszubauen, und die Gewinnmaximierung sind nach wie vor der Antrieb des Schweizer Krankenversicherungssystems. Zudem verhindert das Fehlen einer echten Arbeitsmedizin und einer einheitlichen Präventionspolitik die Verabschiedung von Massnahmen zur Kostenreduktion, die sich nicht auf die Versorgungsqualität auswirken.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die Schaffung eines Systems einer oder mehrerer öffentlicher Krankenkassen auf Bundes- oder Kantonsebene.
- Das Finanzierungssystem muss die öffentliche Finanzierung der Grundversorgung gewährleisten, faire Arbeitsbedingungen für das Personal an vorderster Front sicherstellen und der Leistungsfähigkeit der Versicherten Rechnung tragen.
- Echte Transparenz über die Funktionsweise des neuen Systems, insbesondere bezüglich Prämienfestsetzung und Verwaltung der Reserven.
- Vollständige Trennung der obligatorischen Versicherung und der privaten Zusatzversicherungen.
- Einführung einer einheitlichen Präventionspolitik, mit dem Ziel, vor dem Auftreten von Krankheiten und anderer gesundheitlicher Beeinträchtigungen zu handeln.
- Entwicklung einer staatlichen Arbeitsmedizin und einer besseren Anerkennung der Berufskrankheiten.

In diesem Sinn arbeiten wir mit dem SGB im Rahmen einer grossen Koalition am Entwurf für eine Initiative, die die Situation der Versicherten verbessert und gute Arbeitsbedingungen sichert. Parallel stärken wir den Gewerkschaftsaufbau, insbesondere im Pflegebereich. Die Unia wird sich zusammen mit den anderen Partnern aktiv in allen Schritten dieser Kampagne engagieren.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Alle auf die Strasse für eine gute Pflege und Betreuung

In den nächsten 15 Jahren wird die Anzahl über 80-jähriger in der Schweiz um 60 Prozent wachsen, die Anzahl über 90-jähriger mehr als verdoppeln. Das ist eine gute Nachricht – wir leben länger und bleiben länger gesund. Es bedeutet aber auch, dass viele von uns eines Tages auf Unterstützung angewiesen sein werden und vielleicht sogar Pflege benötigen. Der Bedarf an Langzeitpflege wächst bis 2040 um 43 Prozent.

Wir sehen mit grosser Sorge, dass unser Gesundheitswesen immer tiefer in die Krise rutscht. Wir sind Zeug:innen einer Versorgungskrise, in der die Zahl der älteren, pflegebedürftigen Menschen stetig steigt, während es immer mehr an Pflegepersonal und ausreichenden Angeboten für Pflege- oder Betreuungsbedürftige fehlt.

Opfer einer fehlgeleiteten Politik!

Für uns ist klar: Das Gesundheitswesen leidet unter der fehlgeleiteten Politik von Bund und Kantonen. Spitäler und Pflegeheime sind unterfinanziert, was direkt zu schlechten Arbeitsbedingungen für das Personal führt. Dieses Personal, das eine systemrelevante Rolle innehat, brennt aus, verlässt den Beruf. Dadurch verschärft sich der Personalmangel laufend.

Darunter leiden jene, die Pflege und Betreuung benötigen. Das Finanzierungssystem ist darauf ausgerichtet, rein medizinische Pflege möglichst effizient zu erbringen. Dies wird den Bedürfnissen vieler älterer Menschen nicht gerecht: sie brauchen dort Unterstützung, wo es nicht mehr selbst geht, Sicherheit, soziale Teilhabe und menschliche Kontakte. Langzeitpflege und Betreuung müssen auf die Lebensqualität und Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausgerichtet sein. Das fordern auch die Pflegenden. Denn sie wissen: Gute Pflege und Betreuung brauchen Vertrauen und Vertrauen braucht Zeit.

Den Teufelskreis durchbrechen – ein gutes Leben für alle!

Die bürgerlichen Mehrheiten in Bund und Kantonen opfern jene Arbeitnehmende, die sich um andere kümmern und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sicherstellen, und die Lebensqualität der Betagten für Sparmassnahmen, um damit Steuererleichterungen für Reiche zu finanzieren. Um die Versorgungskrise abzuwenden, braucht es einen grundlegenden Strukturwandel in der Langzeitpflege und -betreuung. Wir fordern:

- **Die Menschen und ihre Bedürfnisse müssen ins Zentrum gestellt werden:** Wir müssen weg von einer (Pflege-)Planung, die einseitig auf Standardisierung und Effizienzdenken beruht. Stattdessen muss die individuelle, medizinisch-pflegerische und soziale Dimension der Versorgung gleichermaßen wichtig sein. Dazu braucht es entsprechende (Wohn-)Angebote.
- **Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten:** Pflege und Betreuung sind körperliche und emotionale Schwerstarbeit. Pflegende brauchen Anerkennung und Autonomie und Arbeitsbedingungen, die der Belastung entspricht: Gute Löhne, eine Arbeitszeitreduktion auf 32 Wochenstunden, eine Dienstplanung, die nicht gesundheitsschädlich ist und die ein Privatleben ermöglicht und am wichtigsten: Stellenschlüssel, die eine gute Pflege und Betreuung ermöglichen.
- **Zukunftsorientierte Finanzierung:** Es sind mutige politische Entscheidungen und Investitionen in die Arbeitsbedingungen und Infrastruktur erforderlich. Die Kosten für eine würdevolle Pflege Betreuung dürfen nicht den pflegebedürftigen Menschen oder den



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Prämienzahler:innen aufgebürdet werden. Gute Langzeitpflege und Betreuung sind Service Public und müssen öffentlich und ausreichend finanziert sein.

Auf die Strasse!

Vor vier Jahren haben 61 Prozent der Stimmbevölkerung der Pflegeinitiative zugestimmt. Die wichtigsten Forderungen der Initiative, gute Arbeitsbedingungen, sichere Stellenschlüssel und eine stabile Finanzierung, sind nicht umgesetzt. Stellenschlüssel und Finanzierung fehlen sogar in der Gesetzesvorlage, die im Dezember in den Nationalrat kommt. Das Parlament muss dem klaren Auftrag des Volkes nachkommen und die Initiative endlich wirksam und lückenlos umsetzen. Das geschieht nicht einfach so: Dafür müssen alle – wir, das Gesundheitspersonal, aber auch wir als Betroffene einer unsozialen Gesundheitsversorgung auf die Strasse.

Wir rufen euch alle auf, euch uns anzuschliessen und am 22. November um 14.15 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern zu demonstrieren. Lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen für eine Gesellschaft setzen, die niemanden abhängt. Diese Forderungen stellen wir im Sinne aller Generationen, die gemeinsam die Zukunft der Schweiz gestalten.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Ladenöffnungszeiten: Hände weg vom freien Sonntag!

Der Alltag im Verkauf ist geprägt von hohem Druck, unregelmässigen Arbeitszeiten und tiefen Löhnen. Verkäufer:innen leisten tagtäglich wertvolle Arbeit – und dennoch wird ihre Belastung weiter erhöht: Bürgerliche Parteien und Arbeitgeberverbände fordern längere Ladenöffnungszeiten und mehr Sonntagsverkäufe. Auf Initiative des Kantons Zürich arbeitet das Bundesparlament derzeit an einem Gesetzesentwurf, der vorsieht, die bislang erlaubten 4 bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe auf 12 auszuweiten.

Noch mehr Sonntagsarbeit ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt

Die Initiative fordert drei Mal mehr Sonntagsarbeit als bisher. Das Parlament diskutiert über dieses Vorhaben, obwohl die Bevölkerung sich in mehreren Abstimmungen klar gegen eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen hat: Bei knapp $\frac{3}{4}$ der Abstimmungen lehnen die Stimmberechtigten eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ab. Zudem nutzt eine Mehrheit der Kantone nicht einmal die heute erlaubten vier Sonntage.

Gesundheitsschutz aus- statt abbauen

Die Krankheitsfälle explodieren. Doch das Parlament plant, die gesetzlichen Schutzbestimmungen weiter zu lockern. Das gefährdet die Gesundheit und das Sozialleben von Verkaufspersonal sowie Angestellten in Reinigung, Logistik und Sicherheit. Wer am Sonntag arbeitet, verliert den gemeinsamen freien Tag mit Familie und Freund:innen. Besonders betroffen sind Frauen. Auch bei Menschen ohne Schweizer Pass steigt die absolute Zahl der Sonntagsarbeitenden. Diese Entwicklung ist alarmierend. Die nötige Erholung bleibt auf der Strecke – mit gravierenden Folgen: Stress, Burnout und körperliche Beschwerden nehmen zu. Das wissen wir nicht nur aus Erfahrung, das zeigt auch eine neue Studie der Universität Bern im Auftrag der Sonntagsallianz.

Forderung ans Parlament: Verantwortung übernehmen – Schutz stärken

Die politische Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden ist nicht nur enttäuschend – sie ist gefährlich. Denn der arbeitsfreie Sonntag ist kein Privileg, sondern ein zentraler Schutzmechanismus für die Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Unia setzt sich entschieden für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags ein. Eine von uns lancierte Petition gegen die 12 bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe hat innert kürzester Zeit tausende Unterschriften gesammelt – ein starkes Zeichen. Die Menschen wollen keine 24/7-Öffnungszeiten. Sie wollen Respekt, gesunde Arbeit und faire Arbeitsbedingungen.

Die Gewerkschaft Unia fordert das Parlament auf, die Warnungen der Gewerkschaften und der Wissenschaft ernst zu nehmen und die Ausweitung der Sonntagsarbeit zu stoppen. Die Verantwortung liegt bei ihnen – und die Beschäftigten erwarten, dass das Parlament dieser gerecht wird. Die Unia wird diese Verschlechterung der Schutzbestimmungen mit all ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – nötigenfalls mit einem Referendum – bekämpfen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Für eine aktive und solidarische internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Die Menschheit steht im 21. Jahrhundert vor gewaltigen Herausforderungen: globale Ungleichheit, Armut und Hunger, die Klimakrise, Artensterben sowie unkontrollierte technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz. Diese Probleme lassen sich nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit lösen.

Doch genau jetzt in diesem kritischen Moment der Menschheitsgeschichte gewinnen vielerorts destruktive Kräfte an Einfluss: fremdenfeindliche Parteien, autoritäre Regimes und profitgierige Eliten. Menschenrechte und Demokratie geraten unter Druck, internationale Konflikte eskalieren, die multilaterale Zusammenarbeit wird geschwächt.

Für die Schweiz birgt dies grosse Risiken. Der Versuch, sich mit Aufrüstung und Abschottung zu schützen, ist eine Sackgasse. Die Schweiz muss das Sonderfall-Denken des vergangenen Jahr-hunderts endlich hinter sich lassen und stattdessen ihre Tradition der humanitären und solidarischen Aussenpolitik weiterentwickeln.

Eine internationale Ordnung, welche auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten, dem Völkerrecht, der Selbstbestimmung der Völker aufbaut, liegt im ureigenen Interesse der Schweiz. Jeder sinnvoll in die internationale Kooperation investierte Franken kommt der Schweiz doppelt zugute: indem er sowohl ihre internationalen Beziehungen als auch eine regelgeleitete und wertbasierte Weltordnung stärkt. Das ist auch der wichtigste Beitrag, den die Schweiz zu einer zukunftsfähigen Sicherheitspolitik leisten kann.

Die Sparpolitik der bürgerlichen Parlamentsmehrheit läuft dem aber zuwider. Sie hat bereits mehrere hundert Millionen Franken für die internationale Zusammenarbeit (IZA) 2025-2028 gestrichen, und bereitet weitere Kürzungen vor. Das ist inakzeptabel.

Der Unia-Kongress fordert deshalb:

- **Stopp der Sparpläne in der IZA** – Kürzungen gefährden die Interessen und Glaubwürdigkeit der Schweiz.
- **Armutsbekämpfung ins Zentrum stellen** – neue Aufgaben wie Klimaschutz oder Ukraine-Hilfe dürfen nicht zulasten der Ärmsten gehen.
- **Humanitäre Rolle ausbauen** – statt Milliarden in Kampfflugzeuge zu investieren, muss die Schweiz mehr Mittel für Hilfe und Konfliktlösung bereitstellen.
- **Stärkung von Genf** als internationales Zentrum für Menschenrechte, Frieden und sozialen Dialog.

Autoritäre Regimes in den USA, China, Russland und anderswo schwächen die internationale Ordnung. Umso wichtiger ist es, dass Demokratien auf Menschenrechten, Völkerrecht und Zusammenarbeit beharren. Als Gastgeberin des UNO-Standorts Genf ist die Schweiz dafür besonders geeignet.

Die Schweiz darf sich nicht isolieren. Sie muss sich jetzt für eine breite Allianz der solidarischen internationalen Zusammenarbeit stark machen – zusammen mit demokratischen Bewegungen und Regierungen, NGOs und Gewerkschaften.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Anerkennung des Staates Palästinas – Zweistaatenlösung jetzt!

Die Unia hat bereits mehrmals zur Situation in Gaza Stellung genommen. Im Sommer 2025 hat die Unia angesichts der Hungersnot und Vertreibungen der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza und der Westbank den Bundesrat erneut zum sofortigen Handeln aufgerufen. Im Rahmen eines breiten Bündnisses war die Unia eine der Hauptorganisatorinnen einer nationalen Kundgebung mit über 20'000 Personen. Im Herbst 2025 hat Israel unter der rechtsextremen Netanjahu-Regierung mit einer grossangelegten Offensive begonnen, um Gaza-Stadt vollständig einzunehmen und die Zivilbevölkerung erneut zu vertreiben. Die militärische Strategie Israels – geprägt durch Abriegelung, des Unterbindens von Hilfslieferungen, der Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der anhaltenden Vertreibung der Zivilbevölkerung – ist inakzeptabel. Die zuständige UNO-Kommission spricht mittlerweile von einem Genozid gegenüber der Palästinenser:innen. Anfang Oktober kam es endlich zu einem Waffenstillstand, der Freilassung der Geiseln und einem Teil der inhaftierten palästinensischen Gefangenen.

Die Unia verurteilt die anhaltende Passivität von Bundesrat und Parlament und fordert:

1. einen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten, die sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und die unverzügliche Wiederaufnahme der Finanzierung der humanitären Nothilfe für Gaza über die UNRWA.
2. die dokumentierten Kriegsverbrechen aller Kriegsparteien strafrechtlich zu verfolgen und Initiativen zu unterstützen, um Zwangsumsiedlung oder illegale Vertreibung der Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland zu verhindern.
3. die Sanktionierung der rechtsextremen israelischen Minister und gewalttätigen Siedler
4. die umgehende Anerkennung eines palästinensischen Staates und die Umsetzung einer Zweistaatenlösung.
5. Die öffentliche Verurteilung von Unternehmen, Banken und Versicherungen, die an der illegalen Besatzung Palästinas oder am israelischen militärisch-industriellen Komplex beteiligt sind.
6. die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel sowie aller sicherheitsrelevanten Exporte. Dies gilt für den Bund sowie für Schweizer Firmen, insbesondere in Bezug auf Waffen, Dual-Use-Technologien und Überwachungssysteme solange die völkerrechtswidrigen Besetzungen Israels im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem andauern.
7. die sofortige Freilassung aller aussergerichtlich und willkürlich verhafteten Palästinenser:innen. Wir fordern den Bundesrat auf, sich für die Freilassung jener Persönlichkeiten einzusetzen, die dem Land echte Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung geben können.

Unsere Solidarität gilt der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Opfer eines Völkermordes geworden sind und weiterhin unter unsäglichen Leiden und ohne jeglichen Besitz lebt. Ebenso bringen wir unsere Unterstützung der israelischen Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften zum Ausdruck, die gegen die Verbrechen ihrer rechtsextremen Regierung protestieren und sich für einen gerechten Frieden einsetzen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Wir setzen uns für das Recht auf friedliche Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein. In Palästina, Israel und weltweit.

Schliesslich fordert die Unia ihre Mitglieder auf, sich an den Arbeitsplätzen gegen jegliche Form von Rassismus, insbesondere islamophoben und antisemitischen Diskriminierungen, an den Arbeitsplätzen zu wehren.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Investitionen der Suva und die Situation in Palästina

Die SUVA ist die grösste Unfallversicherung des Landes: Fast die Hälfte aller in der Schweiz arbeitenden Menschen sind bei ihr gegen Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Unfälle ausserhalb des Arbeitsplatzes versichert. Sie ist eine öffentlich-rechtliche Kasse, weshalb sich ihre Tätigkeiten an das Recht halten müssen.

Wir haben durch die Arbeit von Gewerkschafter:innen und Anwält:innen erfahren, dass die Suva erhebliche Investitionen in Körperschaften hält, die an Verletzungen des Völkerrechts u.a. in Palästina mitschuldig sind:

- CHF 15'464'742.40 in israelischen Staatsanleihen
- CHF 6'746'573.66 in Anleihen der Hapoalim Bank
- CHF 2'848'153.26 in Anleihen der Leumi Bank

Im Juni hat die Unia durch die Demonstration in Bern den Bundesrat aufgefordert, in Solidarität mit Palästina zu handeln. Wir sind der Meinung, dass wir, um zu diesen Bemühungen beizutragen, auch eine Rolle zu spielen haben. Es ist an der Zeit, unsere gewerkschaftlichen Resolutionen in Taten umzusetzen – insbesondere in den Instanzen, in denen wir einen direkten Entscheidungshebel haben.

Für uns ist es inakzeptabel, dass unsere Pflichtbeiträge einen Staat finanziell unterstützen, der sich schwerer und systematischer Verstöße gegen das Völkerrecht schuldig gemacht hat und wichtige finanzielle Akteure des illegalen Kolonialregimes im Westjordanland sind.

Wir fordern daher:

- Die Suva muss sich so schnell wie möglich von israelischen Staatsanleihen sowie von Hapoalim- und Leumi-Anleihen zu trennen.
- Die Unia soll ihre Vertreter:innen im Suva-Rat beauftragen, diese Forderung klar zu vertreten.
- Die Unia soll sich beim SGB dafür einsetzen, dass dieser sich ebenfalls in diesem Sinne engagiert.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Unsere Werte sind nicht verhandelbar

Wir lassen uns nicht spalten-gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Solidarität, Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament unserer Gesellschaft und unserer kollektiven Zukunft. Diese Werte stehen im Zentrum unseres gewerkschaftlichen Engagements – sie sind die Basis für ein gutes Leben für alle. Das ist das Gesellschaftsmodell, dass wir aufbauen, stärken und verteidigen wollen.

Angesichts der Normalisierung von Hass, sozialer Prekarität, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, LGBTQI+-Feindlichkeit und der Zerstörung unserer Umwelt verstärkt Unia ihren Einsatz – überall dort, wo er notwendig ist.

Die SVP und andere rechtsextreme Parteien wie die Schweizer Demokraten, die Libertäre Partei, «Junge Tat», «Résistance helvétique» greifen gezielt die Rechte von allen Arbeitnehmenden, Frauen, Minderheiten, Rentner:innen und Gewerkschaften an. Ihre Ideologie basiert auf Spaltung, Nationalismus und Ausgrenzung. Sie verbreiten bewusst Hass und schüren Angst, um die Solidarität und Einheit der Arbeiter:innenklasse zu untergraben und damit die Interessen der Superreichen und ihrer Handlanger zu schützen.

Solidarisch handeln – Gerechtigkeit schaffen

Die extreme Rechte tarnt sich als «Volkspartei», doch ihre Politik richtet sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Sie bekämpft Mindestlöhne, Kündigungsschutz, bessere Renten und soziale Sicherheit. Die Bedürfnisse von Arbeiter:innen wird systematisch in den Hintergrund gedrängt. Gleichzeitig stigmatisiert sie Migrant:innen und verschärft die repressiven Massnahmen und Aufenthaltsbeschränkungen.

Die Ideen der extremen Rechten verbreiten sich gefährlich in allen Gesellschaftsschichten, auch unter den Lohnabhängigen. Ihr Gift dringt in alle Bereiche der Gesellschaft. Das erfordert von uns verstärkte Wachsamkeit und entschlossenen Widerstand, besonders auch in der Arbeitswelt. Wir bekämpfen rechtsextreme Ideologien und Diskriminierungen entschieden, indem wir aufzeigen, dass nur die kollektive Aktion und Solidarität aller Arbeitnehmenden unabhängig von Herkunft und Nationalität zu sozialer Gerechtigkeit führt.

Bildung, Mobilisierung, starke Bündnisse

Unia investiert gezielt in die politische Bildung ihrer Mitglieder und Mitarbeitenden. Wir stärken das Wissen und die Widerstandskraft gegen rechte Hetze und Lügen.

Unsere Antwort ist klar: Vernetzung mit anderen Gewerkschaften sowie antirassistischen, feministischen, LGBTQI+, migrantischen und demokratischen Bewegungen. Gemeinsam mobilisieren wir für soziale Gerechtigkeit und gegen Hass – in Betrieben, auf der Strasse und in der Politik.

Internationale Solidarität

Rechtsextreme Angriffe kennen keine Grenzen. Deshalb steht Unia solidarisch an der Seite aller Gewerkschafter:innen, Aktivist:innen und Gemeinschaften, die weltweit von rechter Gewalt und Politik betroffen sind. Für unsere Gegenwart und Zukunft stärken wir die internationale Solidarität und Zusammenarbeit und unterstützen gewerkschaftliche Kampagnen gegen Hass, Nationalismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und soziale Spaltung.